

Hallo

Nur kurz. In der Beilage sende ich euch einen Artikel von Peter Streckeis, attac Basel, der in der nächsten Sozialistischen Zeitung (SoZ) erscheinen wird und der den Ablauf und die Bedeutung der Ereignisse schildert.

Zusätzlich scheint mir wichtig hervor zu heben, dass hunderte Menschen (700 nach einem Pressebericht, ich glaube es waren etwas weniger), die im zweiten Zug zu den Kontrollrampen nach Fideris (zwischen Landquart und Davos) gefahren wurden, sich trotz Aufforderung der Polizei weigerten, aus dem Zug auszusteigen. (Der erste Zug war der Delegationszug mit ca. 200 ausgewählten AktivistInnen: die Polizei liess ihn nach 2 1/2 Stunden ohne Kontrolle nach Davos fahren). In jedem Zugabteil gab es spontan Diskussionen. Leute, die sich meistens nicht kannten mussten ohne "Instruktionen" (die OrganisatorInnen waren abwesend, nur ein Behördenvertreter sprach einmal durch die zuginterne Sprechanlage) miteinander sprechen, diskutieren, einen Entscheid treffen: individuell oder kollektiv handeln? doch durch die Kontrollschleusen gehen? aussteigen und eine "beschränkte" Kontrolle über sich ergehen lassen (was die Leitung des Oltner Bündnisses vorgeschlagen hatte)? oder im Zug bleiben und jede Zusammenarbeit mit den Polizeibehörden verweigern - wie eine ganz kleine Minderheit im Oltner Bündnis (ein paar Leute vom Zentralamerika-Sekretariat, von attac, der Bewegung für den Sozialismus, nicht organisierte) schon seit Tagen forderte?

Schliesslich ist die überwältigende Mehrheit der Zuginsassen im überfüllten, eingezäunten und eingekesselten Zug geblieben und hat die Kontrollen verweigert: das war ein Lichtblick und eine lehrreiche Erfahrung (insbesondere für die, die sie mitgemacht haben, darunter sehr viele Jugendliche). Der Zug musste zurück zur Talstation Landquart. Die Taktik des kollektiven, zivilen und gewaltfreien Ungehorsams hat sich auszahlt, wenn auch "nur" im Sinne der Kontrollverweigerung und nicht des Demonstrationsrechtes in Davos: den Leuten war die Verweigerung der Polizeikontrollen eben wichtiger als die gnädige Erlaubnis vom Schweizerischen Obrigkeitsstaat, nach Davos zu einer bewilligten Demonstration reisen zu dürfen. Die massiven Spaltungsversuche aus der sozialdemokratischen Ecke und auch aus Kreisen des Oltner Bündnisses haben nicht gewirkt; das Spiel der Mächtigen, die DemonstrantInnen zu demütigen, bevor sie nach Davos gelassen wurden, ist nicht aufgegangen.

Dafür wurden die DemonstrantInnen später, zusammen mit den anderen, die in Landquart auf die Weiterreise warteten, mit Tränengas, Wasser, Gummigeschosse und schlechter Presse eingedeckt. Ich würde fast sagen: macht nichts. Das fällt politisch und moralisch tausend mal weniger ins Gewicht als wenn sie durch die Rampen gegangen wären, obwohl niemand dazu zwang (nicht physisch).

Es ist zu früh, um zu bilanzieren, aber diesen Moment müssen wir in der internationalen Antiglobalisierungs-Bewegung miteinbeziehen: wir werden uns nämlich gegen eine massive Einschränkung des Demonstrationsrechtes während dem G8-Gipfel in Evian politisch und praktisch zur Wehr setzen müssen.

Marco, Mitglied von attac Zürich

Proteste gegen das Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos triumphiert der Kasernenkapitalismus

Das diesjährige Treffen der 1'000 grössten Konzerne und hochrangigen PolitikerInnen aus aller Welt findet vor dem Hintergrund des bevorstehenden Kriegs gegen den Irak und zahlreicher Unternehmensskandale statt. Das WEF will neues Vertrauen in die Institutionen des Kapitalismus herstellen (building trust: so das Motto 2003). Behörden und Polizei setzen neue Standards der Repression gegen die Protestbewegung durch.

Donnerstag, 23. Januar: In Zürich findet das andere Davos statt, eine Gegenkonferenz zum Weltwirtschaftsforum (WEF). Im Jugendzentrum Kreis 4 sitzt und steht das vorwiegend junge Publikum dicht gedrängt, um den Referenten im Workshop über Strategien gegen die Konzernherrschaft zuzuhören. FIAT-Arbeiter Rocco Pappandrea berichtet vom Kampf gegen Werkschliessungen in Italien. Ökonom François Chesnais erklärt, weshalb wir die Verfügungsmacht über den Reichtum, der in Produktionsmitteln und menschlichen Köpfen steckt, nicht den überlassen dürfen, die sich in Davos treffen. Politologe Elmar Altvater spricht von der sozialen und ökologischen Katastrophe der Privatisierung. Buchautor und Aktivist Raul Zelik berichtet vom paramilitärischen Terror gegen Gewerkschaften und Bevölkerung in Kolumbien. Am selben Tag spricht in Davos der kolumbianische Präsident Alvaro Uribe an der Seite von US-Justizminister John Ashcroft über den Kampf gegen den Terrorismus ...

Ein anderes Davos in Zürich: Gegen 1'000 Menschen nehmen an der Konferenz von ATTAC Schweiz teil. Antikapitalistische Kräfte kommen prominent zu Wort. Abends auf dem Podium im Volkshaus kritisiert die deutsche Buchautorin Brigitte Kiechle die scheinheilige Haltung der rot-grünen Bundesregierung in Bezug auf den Krieg im Irak. Charles-André Udry von der Bewegung für den Sozialismus erinnert daran, dass dieser Krieg angesichts der Wirtschaftskrise in den USA auch eine Flucht nach vorne darstellt und mit einem

Kampf im Innern gegen MigrantInnen und Lohnabhängige einhergeht. Der irakische Oppositionelle Sadik Al Biladi erklärt, weshalb nicht nur gegen den imperialistischen Krieg, sondern auch gegen Saddam Hussein mobilisiert werden muss, um die irakische Bevölkerung zu unterstützen. Es gibt weitere Parallel- und Gegenkonferenzen zum WEF. Bekannt ist das Public Eye on Davos. Hier sprechen vor allem VertreterInnen von NGO und Sozialdemokratie. Die Eröffnungsrede hält Oskar Lafontaine. 2002 kam Bundespräsident Kaspar Villiger (FDP) zu Wort. Als die OrganisatorInnen nun den britischen Aussenminister Jack Straw einladen wollten, drohte ATTAC-Sprecher Alessandro Pelizzari abzusagen. Die Einladung wurde zurück gezogen, doch zeigt diese Episode auf, welche politische Konfusion im Lager der „globalisierungskritischen“ Kräfte bisweilen herrscht. Sie wird durch das WEF gefördert: Zu diesem Zweck wurde ein Open Forum in Davos eingerichtet, an dem neben Konzernchefs und PolitikerInnen auch NGO, Gewerkschaften und kirchliche Kreise teilnehmen und den Eindrücke erzeugen helfen, dass die globalen Führer der Welt auf die Stimme der „Zivilgesellschaft“ hören. Dieses Problem kommt am anderen Davos zur Sprache: Warum weilt Michael Sommer vom DGB in Davos und nicht unter uns? Weshalb reist Präsident Lula nach seiner Rede am Weltsozialforum von Porto Alegre in die Schweizer Berge?

Überwachen und Strafen Samstag, 25. Januar: Tag der Kundgebung gegen das WEF. Es soll eine grosse Demo in Davos gegen die kapitalistische Globalisierung und den imperialistischen Krieg werden. Die Behörden haben dieses Mal eine Bewilligung erteilt und zugleich ein umfassendes Kontroll- und Repressionsdispositiv aufgebaut. In Fideris, einem Dorf 30 Kilometer vor Davos, sollen alle KundgebungsteilnehmerInnen einzeln kontrolliert und nach Belieben registriert oder verhaftet werden. 1.500 Soldaten und eine unbekannte Zahl von Polizeikräften sind im Einsatz. Kampfjets der Luftwaffe fliegen erstmals in der Schweiz bewaffnete Patrouillen. An diesem Tag soll US-Aussenminister Powell in Davos eintreffen. Der Anlass scheint gut geeignet, um neue Standards der Überwachung und Repression durchzusetzen, an die sich die Bevölkerung gewöhnen soll. Das Oltener Bündnis, ein breiter und heterogener Zusammenschluss von Organisationen, die zur Demo aufgerufen haben, lehnt es ab, sich wie eine fügsame Schafherde zu Tausenden den Kontrollen im „Viehgatter“ von Fideris zu unterwerfen. Die Sozialdemokratische Partei SPS (seit 1943 in der bürgerlichen Regierung, aber in den Augen von Teilen der Bevölkerung eine linke Kraft) hingegen ruft alle „friedfertigen GlobalisierungskritikerInnen“ öffentlich auf, diese „notwendigen Kontrollen“ zu akzeptieren und sich von den „Splittergruppen“ im Oltener Bündnis zu distanzieren. Grüne und Teile der Gewerkschaften stellen sich hinter diesen Angriff auf die aktiven Kräfte der Bewegung.

Aufführung fürs Fernsehpublikum Während die Sprecher des Oltener Bündnisses mit den Behörden über den Abbau der Kontrollen verhandeln und dabei versetzt werden, hält die Polizei Tausende von Menschen stundenlang fest. In Fideris bleiben Züge und Busse blockiert. Eine Minderheit geht durch die Kontrollen. In Landquart, wo umgestiegen werden muss, sind ca. zweitausend KundgebungsteilnehmerInnen im abgeriegelten Bahnhof eingekesselt. Die Polizei setzt Tränengas und Gummischrot ein. Sie wird durch Wasserwerfer aus Deutschland unterstützt. Nachmittags um fünf - die Demo hätte in Davos um halb zwei stattfinden sollen - werden in Landquart Sonderzüge bereit gestellt, um die Leute zurück nach Zürich und Bern zu fahren. In Zürich darf nur in einem Vorortsbahnhof ausgestiegen werden, den die Polizei abriegelt: Die Menschen werden daran gehindert, ins Stadtzentrum bzw. nach Hause zu gehen. Etwa 1'300 frustrierte KundgebungsteilnehmerInnen, darunter viele Jugendliche, fahren im Extrazug nach Bern, um gegen den Polizeistaat und für die demokratischen Rechte zu demonstrieren. Sie erwarten ein grosses Polizeiaufgebot. Strassenschlachten und Polizeigewalt sind das vorhersehbare Ergebnis. Behörden, Polizei und Massenmedien haben gekriegt, was sie wollten: Etwa 1'000 Menschen gingen durch die Kontrollen und demonstrierten „friedlich“ in Davos. Die grosse Mehrheit wurde in Fideris und Landquart festgehalten, gedemütigt und nach Hause bzw. nach Bern geschickt. Abends kam es zum erwarteten Showdown in den Strassen von Bern, der schon das grosse Sicherheitsdispositiv für 2004 rechtfertigen soll. SPS-Präsidentin Christiane Brunner sagte im Fernsehen, das Oltener Bündnis sei autoritärer als die Polizei und habe die Menschen gehindert, an der Demonstration teilzunehmen (Tagesschau TV DRS, 25.1.2003). Der Berner Polizeidirektor Kurt Wasserfallen liess verlauten, man habe es mit Terroristen zu tun, die nur Gewalt und Zerstörung wollen (Sonntagszeitung, 26.1.2003). Die „globalisierungskritische“ Bewegung tut gut daran, sich gestützt auf diese Erfahrung ernsthafte Gedanken über zukünftige Strategien des Protestes zu machen, die mehr Erfolg versprechen.

Irak: Die Zeit läuft ab Sonntag, 26. Januar: Aussenminister Colin Powell spricht in Davos und erinnert Saddam Hussein daran, dass die Zeit abläuft. Seine Rede wird am schweizerischen Fernsehen direkt übertragen. Die sozialdemokratische Bundesrätin Micheline Calmy-Rey durfte am Samstag kurz bei ihm vorsprechen und vorschlagen, in der Schweiz eine Friedenskonferenz abzuhalten. Powell erwähnt die Sache mit keinem Wort. Für Calmy-Rey war es der bisherige Höhepunkt ihrer politischen Karriere. Darum ging es bei dem Treffen in erster Linie wohl auch.